Stadt Kamen

Niederschrift

über die 2. Sitzung
des Straßenverkehrsausschusses
am Montag, dem 30. September 2002
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 17:35 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD
- Herr Henning
- Herr Kaminski
- Herr Müller
- Frau Müller
- Herr Skodd
- Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU
- Herr Klein
- Frau Scharrenbach
- Herr Weigel

Ratsmitglieder BG
- Herr Lehmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD
- Herr Gockel
- Herr Schultebraucks
- Herr Schulze-Braucks

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU
- Herr Fuhrmann
- Herr Oppel
- Herr Wilhelm

Sachverständige
- Herr Breitbarth
- Herr Feld
- Herr Grod
- Herr Knop
- Herr Wiebusch

Verwaltung
- Herr Brüggemann
- Frau Bublitz
- Herr Koßmann

entschuldigt fehlten
Herr Bachmann
Herr Grosch
Herr Gube
Herr Muermann
Herr Oertel
Herr Schmücker
Herr Zimmer

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Klein,** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Bürgeranregung auf Aufhebung des absoluten Haltverbotes im Bereich Bahnhofstr. 32, vor dem Grillimbiss "Akropolis"	98/2002
2.	Bürgeranregung auf Ergreifung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Straße "Ostenfeldmark"	185/2002
3.	Bürgeranregung auf Beseitigung von Gefahrenstellen an Radfahrwegen sowie Rückschnitt an Bäumen und Gehölzen	183/2002
4.	Bürgeranregung auf Ergreifen von vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Fußgängern auf der Straße "Schattweg"	184/2002
5.	Errichtung von Querungshilfen auf der Poststraße hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 09.05.2001	186/2002
6.	Errichtung einer Querungshilfe auf der Heerener Straße in Höhe des Friedhofseingangs hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 16.07.2002	
7.	Aufstellflächen für Radfahrer an ampelgeregelten Kreuzungen hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.09.2002	
8.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. **Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

98/2002 Bürgeranregung auf Aufhebung des absoluten Haltverbotes im Bereich Bahnhofstr. 32, vor dem Grillimbiss "Akropolis"

Beschluss:

Die Bürgeranregung des Herrn Paschalis Kostarelos, Bahnhofstr. 32, 59174 Kamen, und zahlreicher Kunden des Grillimbisses auf Aufhebung des absoluten Haltverbots im Bereich Bahnhofstr. 32, vor dem Grillimbiss „Akropolis“, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

185/2002 Bürgeranregung auf Ergreifung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Straße "Ostenfeldmark"

Für die CDU-Fraktion vertrat Frau **Scharrenbach** die Ansicht, dass in den Kurvenbereichen, Teilbereich zwischen Hammer Straße und geradeaus geführtem Straßenabschnitt, eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h ausgeschildert werden sollte.
Begründet wurde dies mit den schlecht einsehbaren Kurven und der Tatsache, dass dort Kinder spielen würden.
Zumindest sollten alternative Maßnahmen in den Kurvenbereichen ergriffen werden.

Frau **Bublitz** erklärte, dass anlässlich eines Ortstermines sich ergeben habe, dass aufgrund der geringen Breite der Fahrbahn und des relativ kurzen Straßenabschnittes bis zur 2. Kurvenführung es kaum möglich sei, eine höhere Geschwindigkeit zu fahren.

Herr **Brüggemann** verwies in diesem Zusammenhang auf eine Bürgeranregung bezüglich der Straße „Schnepperfeld“, in der ähnliche verkehrliche Situationen - wie schmale Fahrbahnbreiten und Kurvenführungen – anzutreffen seien. Zudem sei die Verkehrsbelastung dort höher als auf der Straße „Ostenfeldmark“.

Beschluss:

Die Bürgeranregung des Herrn Norbert Sütering, Ostenfeldmark 3, 59174 Kamen, und weiterer Anwohner der Anwesen Ostenfeldmark 2, 3, 4 und 6, 59192 Bergkamen, auf Ergreifung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Straße "Ostenfeldmark" wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen

Zu TOP 3.

183/2002 Bürgeranregung auf Beseitigung von Gefahrenstellen an Radfahrwegen sowie Rückschnitt an Bäumen und Gehölzen

Beschluss:

Der Bürgeranregung des Herrn Wolfgang Nitschke, Am Ufer 9, 59174 Kamen, wird bzgl. Anregung 1 dahingehend zugestimmt, dass der Kreis Unna sowie der Lippeverband gebeten werden, einige Absackungen an der Brücke über den Körnebach anzufüllen.
Bzgl. Anregung 2 a ist seitens der Verwaltung ein Rückschnitt vorzunehmen und eine unterbrochene Haltelinie am Einmündungsbereich der Straße „Werver Mark“ (L 665) aufzumarkieren.
Eine bauliche Veränderung der Zufahrt zum Hundeplatz bzw. zum kombinierten Rad-/Gehweg wird abgelehnt.
Der Anregung 2 b wird insoweit entsprochen, in dem die Verwaltung eine weitere Bordsteinabsenkung auf der Westfälischen Straße vornimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

184/2002 Bürgeranregung auf Ergreifen von vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Fußgängern auf der Straße "Schattweg"

Frau **Scharrenbach** stellte die Frage, wann mit der Anlegung der Banketten begonnen werden könne.

Herr **Koßmann** antwortete, dass aller Wahrscheinlichkeit nach Ende des Jahres mit der Baumaßnahme begonnen werde.

Beschluss:

Der Bürgeranregung der Frau Lucie Steinhoff wird dahingehend zugestimmt, dass im Rahmen der Maßnahme "Bankettbearbeitung an anbaufreien Strecken" die Anlegung von Banketten auf der Straße "Schattweg", Teilbereich zwischen Gießerstraße und Straße "Grafenwald", erfolgt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

186/2002 Errichtung von Querungshilfen auf der Poststraße
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 09.05.2001

Für die Antragsstellerin, die SPD-Fraktion, dankte Herr **Stahlhut** der Verwaltung und der Polizei für die geleistete Arbeit. Zu der bereits geplanten Fußgängerschutzinsel im Kurvenbereich der Poststraße, in der Nähe des ehemaligen Hauptpostgebäudes, bejahte er die Notwendigkeit der Errichtung einer weiteren Fußgängerschutzinsel auf der Poststraße im Bereich der Bahnhofsunterführung.

Herr **Wiebusch** wies daraufhin, dass gemäß der Verwaltungsvorschriften bzgl. Anlegung von Fußgängerschutzinseln im Bereich von abknickenden Vorfahrten diese Bereiche besonders baulich gesichert werden müssten.

Herr **Klein** vertrat die Auffassung, dass bei den in späteren Jahren vorgesehen verkehrlichen Optimierungsmaßnahmen in diesem Bereich die Abschaffung der abknickenden Vorfahrt eingeplant werden sollte.

Herr **Brüggemann** bemerkte hierzu, dass bzgl. der zukünftigen Verkehrsführung noch keinerlei Zeitachsen festgelegt werden könnten.
Aus diesem Grunde sollte auch die zweite Fußgängerschutzinsel aus Sicherheitsgründen schnellstens angelegt werden. Allerdings sei dies auf Grund der Haushaltslage nicht mehr im Laufe diesen Jahres machbar.

Anschließend formulierte Herr **Stahlhut** für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Fußgängerschutzinsel im Einmündungsbereich Poststraße/Bahnhofstraße vorbehaltlich der finanziellen Mittel im Jahr 2003 anzulegen."

Anschließend brachte Herr **Klein** diesen Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Errichtung einer Querungshilfe auf der Heerener Straße in Höhe des Friedhofseingangs
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 16.07.2002

Für die Antragstellerin, die SPD-Fraktion, gab Frau **Müller** bekannt, dass sie bereits in der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses die Notwendigkeit einer Anlegung einer Querungshilfe auf der Heerener Straße in Höhe des Friedhofseinganges begründet habe. Mit dem vorliegenden Antrag möchte die SPD-Fraktion formal um eine Überprüfung durch die Verwaltung und den Landesbetrieb Straßenbau NRW mit der Zielrichtung auf baldige Umsetzung bitten.
Wie sie ermittelt habe, sei es selbst mit einem Kleinwagen möglich, in westlicher Richtung, Teilbereich zwischen Ortsausgangsschild und angeordneter Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h vor der Einmündung der Derner Straße, bis auf 100 km/h zu beschleunigen.
Von daher würde eine Querungshilfe Senioren und Kindern, die die Heerener Straße überquerten, um zum Friedhofseingang bzw. zur Bushaltestelle zu gelangen, wesentlich mehr Sicherheit bieten.

Die in der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses von Herrn Wiebusch geäußerte Meinung, dass beim Passieren des Ortsausgangsschildes in Richtung Kamen-Zentrum der fließende Verkehr die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h bereits erkennen könne, sei, wie der durchgeführte Test ergeben habe, nicht haltbar.

Herr **Wiebusch** gab zu bedenken, dass die Anlegung einer Querungshilfe außerhalb der geschlossenen Ortslage nicht unproblematisch sei.

Herr **Brüggemann** vertrat die Auffassung, dass, falls der Landesbetrieb Straßenbau NRW die Anlegung einer Fußgängerschutzinsel ablehne, alternativ überprüft werden könne, ob möglicherweise die Haltestelle in Richtung Heeren - in Höhe des Ortseingangschildes - verlegt werden

könne.

In diesem Zusammenhang schlug Herr **Wilhelm** vor, eine Wartehalle in diesem Bereich anzulegen.

Hierzu erwiderte Herr **Brüggemann**, dass der Fachbereich Planung und Umwelt das Wartehallenprogramm bearbeite und er daher keine Stellung beziehen könne.
Eine Beantwortung erfolge über die Niederschrift zu dieser Sitzung.

Frau **Scharrenbach** verwies auf die neu erlassenen Richtlinien über die Anlegung von Fußgängerüberwegen (Volksmund: Zebrastreifen), wonach die Kriterien für die Anlegung eines solchen gelockert worden seien.
Ihrer Meinung nach solle daher eine Prioritätenliste für im Stadtgebiet Kamen notwendige Querungshilfen jeglicher Art angelegt werden, welche dann sukzessiv abgearbeitet werden könne.

Herr **Brüggemann** vertrat die Auffassung, dass eine solche Liste nicht sinnhaft sei.
Dies ergebe sich aus der Tatsache, dass ein großer Teil der notwendigen bzw. sinnvollen Querungshilfen in die Kompetenz verschiedener Straßenbaulastträger falle, welche aufgrund eigener Prioritäten und der vorab anzumeldenden Haushaltsmittel von hier nicht planbar seien.

Daher sollte weiterhin wie bisher für jede Querungshilfe die Notwendigkeit der Errichtung nachgewiesen bzw. im Wege der Einzelfallprüfung die jeweilige Errichtung vorangetrieben werden.

Herr **Lehmann** plädierte für eine Geschwindigkeitsbegrenzung in diesem Bereich.

Herr **Brüggemann** stellte klar, dass bereits in der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses im März diesen Jahres und auch in vorherigen Sitzungen über diesen Punkt ausführlich debattiert, beraten sowie von der Verwaltung entsprechende Mitteilungen gegeben worden seien.
Er empfehle daher der Fraktion Bürgergemeinschaft ein entsprechendes Studium der Einladungen und Niederschriften.

Anschließend formulierte Frau **Müller** für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung einer Fußgängerschutzinsel auf der Heerener Straße in Höhe des Friedhofeinganges zu überprüfen und mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW Gespräche mit dem Ziel zu führen, dass die Fußgängerschutzinsel in diesem Bereich errichtet wird."

Herr **Klein** ließ anschließend über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Aufstellflächen für Radfahrer an ampelgeregelten Kreuzungen
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.09.2002

Für die Antragstellerin, die CDU-Fraktion, erklärte Frau **Scharrenbach**, dass sich ihre Fraktion bereits mehrfach mit dem Thema Radverkehr beschäftigt habe und mit diesem Antrag bezwecke, den Radverkehr noch zu attraktivieren.
Der Prüfauftrag könne entweder im Radverkehrskonzept der Stadt Kamen, welches ja noch ausstehe, oder als Einzelantrag Berücksichtigung finden.

Im gesamten Stadtgebiet Kamen seien bereits viele Beschlüsse zur Reduzierung der Kraftfahrzeuggeschwindigkeiten gefasst worden. Nach Meinung ihrer Fraktion müsste auch der Radverkehr stärker berücksichtigt werden.
Durch die benannten Aufstellflächen könne Radfahrern das Linksabbiegen, sowie – möglicherweise durch Vorrangsschaltungen an Lichtzeichenanlagen – das Rechtsabbiegen erleichtert werden.

Herr **Knop** merkte hierzu an, dass dies für Linksabbieger durchaus sinnvoll wäre und Verbesserungen auch durch Einzelschaltungen an Lichtzeichenanlagen erreicht werden könnten.
In Unna-Königsborn existiere bereits eine Aufstellfläche für Radfahrer an der B 233, welche dadurch geschaffen worden sei, dass Kraftfahrzeuge durch ein Gebotszeichen aufgefordert würden, bereits vor dem Haltebalken Aufstellung zu nehmen.

Herr **Klein** ließ daraufhin über den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, Aufstellflächen für Radfahrer an ampelgerechten Kreuzungen im Stadtgebiet einzurichten und stellt die Ergebnisse (inklusive Beschlussvorlage) in einer der nächsten Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Müller** verließ gegen 17.05 Uhr die Sitzung.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Mitteilungen der Verwaltung

8.1.1 Auf das von Frau Scharrenbach unter TOP 7 angesprochene Radfahrkonzept eingehend unterrichtete Herr **Brüggemann** die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass dieses nach Aussage des Fachbereiches Planung und Umwelt in der nächsten Sitzung am 06.11.2002 vorgestellt werde.

8.1.2 Weiterhin teilte Herr **Brüggemann** mit, dass die von der

Verwaltung auf Grund des Neubaus des Lidl-Lebensmittel-Supermarktes beim Landesbetrieb Straßenbau NRW beantragte Fußgängerschutzinsel aller Wahrscheinlichkeit nach im Haushalt 2003 gebaut werde. Eine genauere Zeitachse kann nicht benannt werden, da auch bei dieser Maßnahme der Vorbehalt der fiskalischen Machbarkeit auf Grund der schlechten Haushaltslage greifen könnte.

8.1.3 Ferner verwies Herr **Brüggemann** auf die bereits unter TOP 2 zur Sprache gebrachte Straße „Schnepperfeld“, zu welcher im Jahre 1998 eine Bürgeranregung mit dem Ziel einer dauerhaften Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h gestellt worden war.
In der Sitzung am 17.03.1998 sei von den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses zunächst eine Verkehrszählung gewünscht und die Anregung zurückgestellt worden. Nach Vorstellung der Zählungsergebnisse, die nur eine geringe Verkehrsbelastung attestierten, sei dann in der folgenden Sitzung die Ablehnung erfolgt. Der Antragssteller habe nun die Verwaltung Anfang August darüber unterrichtet, dass auf Grund der Baumaßnahme am Schattweg seines Erachtens nach der Durchgangsverkehr angestiegen sei. Deswegen habe er eine temporäre Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h bis zur Beendigung der Baumaßnahme gewünscht.

Aufgrund dessen seien Ortstermine und neue Zählungen vorgenommen worden.

Die neuen Zählungen hätten ergeben, dass die Verkehrsbelastung nicht erheblich angestiegen sei, sondern sich auf dem Niveau der Zählung von 1998 befinde.
Nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden und dem stellv. Vorsitzenden des Straßenverkehrsausschusses sei der Antragsteller über die Ablehnung des Antrages unterrichtet worden.

8.1.4 Auf die Mitteilung von Herrn **Weigel** in der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses, dass Teile der Südkamener Straße im Bereich der Einmündung der Straße „Auf den Kämpen“ bei starken Regenfällen unter Wasser stünden, ging Herr **Brüggemann** wie folgt ein:
Wie zugesagt sei der Bereich von den Fachbereichen überprüft worden. Zur Zeit böte sich leider keine Lösung an, da eine Sanierungsmaßnahme mit Kaltmasse lediglich nur kurzzeitig eine Verbesserung brächte. Es müsse abgewartet werden, bis ein größerer Bereich der Südkamener Straße eine komplette neue Asphaltdecke erhielte. Insofern verwies Herr Brüggemann auf die Fortschreibung der Investitionskartei.

8.1.5 Frau **Bublitz** nahm Bezug auf den Beschluss des Straßenverkehrsausschusses vom 27.06.2001 bzgl. der Reduzierung von Verkehrszeichen im öffentlichen Verkehrsraum.

Unter anderem war der Verwaltung der Auftrag erteilt

worden, für den Abbau der Privatbeschilderung am Einmündungsbereich Dortmunder Allee/Unnaer Straße/ Heerener Straße bei gleichzeitiger Ausschilderung des Gewerbegebietes zu sorgen.
Weiterhin sollte die Derner Straße als vorfahrtsberechtigte Straße mit VZ 301 und als Tempo 30-Zone ausgeschildert werden.

Die Privatbeschilderung am o. g. Kreuzungsbereich sei inzwischen entfernt worden. Zuvor seien die Unternehmen unterrichtet und die Ausschilderung der Gewerbegebiete überarbeitet worden.

Weiterhin habe die Verwaltung die Derner Straße als Tempo 30-Zone ausgeschildert und die übrige Beschilderung angepasst.

Bezüglich des Prüfungsauftrages im Bereich Heeren-Werve – Mittelstraße, Märkische Straße und Westfälische Straße – seien die Untersuchungen abgeschlossen.
In der folgenden Sitzung werde das umfangreiche Ergebnis dem Straßenverkehrsausschuss per Mitteilungsvorlage und entsprechender Pläne vorgestellt.

8.1.6 Weiterhin trug Frau **Bublitz** bzgl. der Errichtung einer Fußgängerschutzinsel auf der Westicker Straße / Nähe der Einmündung der Straße “In der Aue“ vor, dass diese Anfang September 2002 fertiggestellt worden sei. Es handelte sich dabei um einen mündlich vorgetragenen Antrag der SPD-Fraktion in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses vom 14.03.2002 bzgl. der Schulwegsicherung.

8.1.7 Darüber hinaus unterrichtete Frau **Bublitz** die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über einen Antrag der VKU, mit welchem diese die Aufhebung der Einbahnstraßenführung in einem Teilbereich der Bergkamener Straße beantragt habe. Nach Überprüfungen durch die Polizeiinspektion Nord und die Verwaltung sei beabsichtigt, dem Wunsch der VKU zu entsprechen.

Die Mitteilung wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

8.1.8 Anschließend unterrichtete Frau **Bublitz** die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über die voraussichtlichen Sitzungstermine des Jahres 2003.
Sie lauten wie folgt:

Dienstag, 25.03.2003
Mittwoch, 04.06.2003
Dienstag, 18.11.2003

8.1.9 Herr **Koßmann** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass die von der SPD-Fraktion zur Schulwegsicherung beantragte Fußgängerschutzinsel auf der Lindenallee/Einmündung „Am langen Kamp“ vom Landesbetrieb Straßenbau NRW auf jeden Fall bis Ende des Jahres 2002 errichtet werde.
Die Baumaßnahme habe sich auf Grund einer vom Land

NRW kurzzeitig verfügten Haushaltssperre verzögert. Es sei zunächst vorgesehen gewesen, die Fußgängerschutzinsel unmittelbar nach der von der Stadt Kamen im Sommer diesen Jahres vorgenommenen Verkleinerung des Gehweges zu errichten.

8.1.10 Ferner verwies Herr **Koßmann** auf die Sitzung des Straßenverkehrsausschusses vom 14.03.2002, in der von Herrn Fuhrmann die Bitte ausgesprochen worden war, die Anlegung einer Fußgängerschutzinsel zur Schulwegsicherung im Kreuzungsbereich Am Langen Kamp/Otto-Prein-Straße/Heidestraße zu prüfen.
Nachdem mit der Kreisverwaltung Unna als Straßenbaulastträger der Straße „Am Langen Kamp“ (K 9) vorbereitende Gespräche geführt und ein Antrag gestellt worden war, habe sich der Kreis bereit erklärt, die Fußgängerschutzinsel im Rahmen der Anlegung des kombinierten Rad-/Gehweges entlang der Straße „Am Langen Kamp“ zu errichten.
Mit dem Abschluss der gesamten Baumaßnahme sei bei guter Witterung bis Ende Oktober, spätestens jedoch bis Ende diesen Jahres zu rechnen.

8.1.11 Zum Kreuzungsbereich Ostring (B 61) / Ängelholmer Straße trug Herr **Koßmann** anschließend folgendes vor:
Die von der Diesterwegschule, dem Gymnasium und der SPD-Fraktion gewünschte Fußgängerschutzinsel am o.g. Kreuzungsbereich werde seitens des Landesbetriebes Straßenbau NRW bis spätestens Ende des Jahres 2002 errichtet.

Bezüglich des Antrages der CDU-Fraktion vom 12.11.2001 auf Verbesserungsmaßnahmen im oben angeführten Kreuzungsbereich – Aufmarkierung eines farbigen Radfahrstreifens sowie von Sperrflächen – habe die Verwaltung mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW mit dem Ziel Kontakt aufgenommen, dort entsprechende Markierungen angelegt zu bekommen.
Dies sei allerdings vom Landesbetrieb abgelehnt worden, da dieses seiner Meinung nach nicht notwendig sei.
Die Verwaltung habe daraufhin nach Vornahme eines Ortstermines mit der Polizeiinspektion Nord an der nördlichen sowie der südlichen Einmündung der Ängelholmer Straße je eine unterbrochene Haltelinie aufmarkieren lassen. Die Maßnahme habe sich bewährt.

8.2 Anfragen

8.2.1 Herr **Skodd** trug vor, dass auf der Straße „Edelkirchenhof“ Parkplätze neu markiert werden müssten.

Die Nachfrage von Herrn **Koßmann**, welcher Teilbereich dort gemeint sei, wurde dahingehend präzisiert, dass es sich um den Bereich zwischen der Straße „Westenmauer“ und der Kämertorstraße handele.

Von der Verwaltung wurde eine Überprüfung zugesagt.

8.2.2 Herr **Schultebraucks** erinnerte an eine Anfrage in einer der vorhergehenden Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses, mit welcher eine Überprüfung am Einmündungsbereich Perthesstraße/Hansastraße gewünscht worden sei. Dort würden hohe Hecken zu schlechten Sichtverhältnissen führen.

Der Verwaltung war bekannt, dass eine erste Überprüfung stattfand. Es wurde zugesagt, die Angelegenheit sofort noch einmal aufzugreifen und zu erledigen.

8.2.3 Herr **Weigel** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über seine Beobachtung bzgl. der Schaltung der Lichtzeichenanlage im Kreuzungsbereich Hochstraße/Lünener Straße/Westring. Um hier einen besseren Abfluss der Verkehre von der Lünener Straße in Richtung Unna (auf die Hochstraße) zu erreichen, sollte die Schaltung dahingehend geändert werden, dass die Linksabbieger in den Westring gleichzeitig mit der Geradeausspur der Lünener Straße in Richtung Zentrum/Minikreisverkehr Grünlicht erhalten. Dies wäre unproblematisch, da allen anderen Ästen Rotlicht angezeigt würde.

Es wurde eine Überprüfung zusammen mit der Firma GVT, die für die Lichtzeichenanlage zuständig sei, zugesagt.

8.2.4 Frau **Scharrenbach** erkundigte sich nach dem Sachstand des in der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses mehrheitlich von der Tagesordnung abgesetzten Antrages der CDU-Fraktion zur Einrichtung einer Einwohnerfragestunde in einer Sitzung des Straßenverkehrsausschusses. Der Antrag war zunächst zur Erörterung an den Ältestenrat verwiesen worden.

Herr **Brüggemann** erklärte hierzu, dass der augenblickliche Sachstand nicht bekannt sei. Die Verwaltung werde Frau Scharrenbach jedoch eine Mitteilung zukommen lassen.

Herrn **Stahlhut** war bekannt, dass der Ältestenrat sich zwischenzeitlich mit dem Antrag befasst hat. Er empfahl, eine entsprechende Rücksprache mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU zu nehmen.

8.2.5 Herr **Henning** bezog sich auf Wünsche mehrerer Bürger des Teilbereiches der Derner Straße, der außerhalb der geschlossenen Ortslage liegt, in der Nähe des Segelfluggeländes, und bat um Prüfung, ob hier öffentliche Verkehrsmittel eingesetzt werden könnten.

Von Herrn **Feld** wurde erwidert, dass auf Grund des dort anzutreffenden geringen Bedarfs keine eigene Linie angelegt werden könne. Die VKU werde jedoch andere Möglichkeiten, wie z.B. die Einrichtung eines Anrufsammeltaxis, prüfen.

8.2.6 Frau **Scharrenbach** bat um Überprüfung, ob aus der

Zufahrt Gymnasium/ Diesterwegschule in die Hammer Straße in Höhe der Bedarfsfußgängerlichtzeichenanlage ein Verkehrszeichen ausgeschildert werden könne, welches dem Kraftfahrzeugverkehr vorschreibe, nur nach Rechts abzubiegen. Es sei zumutbar, über den sich anschließenden Kreisverkehr wieder in die Hammer Straße einzufahren. Eine solche Ausschilderung habe sich im Einmündungsbereich Nordenmauer/Kampstraße bewährt.

Von der Verwaltung wurde eine entsprechende Überprüfung unter Einbeziehung der Schulen zugesagt.

8.2.7 Herr **Fuhrmann** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass sich die Schulbusse zu den Gesamtschulen/Realschule zur Zeit laufend verspätet an den Schulen einfinden.

Herr **Feld** sagte eine Überprüfung zu.

8.2.8 Frau **Scharrenbach** richtete an die Verwaltung die Bitte, ob nicht auf der Südkamener Straße, Teilbereich zwischen Dortmunder Allee und Westicker Straße, zur Unterstützung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h Piktogramme angelegt werden könnten.

Von der Verwaltung wurde dies zugesagt.

8.2.9 Herr **Klein** bat um Überprüfung der Schaltung der Lichtzeichenanlage im Kreuzungsbereich Münsterstraße/ Nordring/Ostring/Friedhofstraße. Nach seinen Beobachtungen könnten die auf der Münsterstraße in Richtung Arbeitsamt fahrenden Verkehre, die beabsichtigten nach rechts in den Nordring einzubiegen, unproblematisch bereits eher Grünlicht erhalten, als die Verkehre die weiter geradeaus in Richtung Arbeitsamt fahren. Zur Zeit sei die Rechtsabbiegespur mit der Geradeausspur lichtzeichentechnisch gekoppelt.

Von der Verwaltung wurde auch hierzu eine Überprüfung zusammen mit der Firma GVT zugesagt.

B. **Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich keine.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Klein
Vorsitzender

gez. Bublitz
Schriftführer

A n l a g e

Berichte der Verwaltung zu den Beratungspunkten und Anfragen in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 30.09.2002

Zu TOP A 6:
Das Wartehallenprogramm der Stadt Kamen, welches in einer Sitzung des Planungsausschusses vorgestellt worden ist, sieht vor, auch an den Haltestellen auf der Heerener Straße in der Nähe des Friedhofseingangs eine Wartehalle zu errichten.
Eine genaue Zeitachse kann vom betreuenden Fachbereich 61 noch nicht benannt werden.

Zu TOP 8.2.2:
Der Einmündungsbereich Hansastraße/Perthesstraße ist vom zentralen Außendienst überprüft worden.
Eine Beeinträchtigung der Gehwege bzw. der Fahrbahn konnte nicht mehr festgestellt werden.